

Stadt Obertshausen  
Stadtverordnetenvorsteherin Julia Koerlin  
Schubertstraße 11  
63179 Obertshausen

25.04.2017

**Behandlung im: HFW**

### **Änderung des Sitzungskalenders**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Koerlin,

die Fraktionen der CDU und der SPD stellen gemeinsam folgenden Antrag zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung:

#### **Beschlusstext**

Die Stadtverordnetenvorsteherin wird gebeten, den Ablauf der Sitzungsrunden ab dem Sitzungskalender 2018 dahingehend zu ändern, dass zwischen der Ausschusswoche und der Woche der Stadtverordnetenversammlung eine weitere Woche liegt.

Zu diesem Zwecke wird die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wie folgt geändert:

#### § 12 Absatz 3 Satz 4 lautet in neuer Fassung (alte Fassung in Klammern):

„Die Stadtverordnetenvorsteherin oder der Stadtverordnetenvorsteher ist verpflichtet, die Anträge einzelner Stadtverordneten und Fraktionen auf die Tagesordnung zu setzen, die entsprechend den Regelungen dieser Geschäftsordnung bis spätestens 8.00 Uhr des dem Sitzungstage vorausgehenden **24.** (~~17.~~) Tages eingereicht sind.“

#### **Begründung**

Aufgrund des bisherigen Ablaufs der Sitzungsrunde, in welchem die Stadtverordnetenversammlung bereits in der unmittelbar auf die Ausschussrunde folgende Woche stattfindet, können die Fraktionen die Ergebnisse der Ausschusssitzungen stets erst wenige Tage vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beraten. Aus dieser Beratung ergeben sich naturgemäß regelmäßig Änderungsvorschläge zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten, die anschließend formuliert und den übrigen Fraktionen zur Kenntnis gebracht werden müssen. Dadurch erhält



jeder Stadtverordnete von der überwiegenden Mehrzahl aller Änderungsanträge erst in den letzten Tagen und Stunden vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis. Oft werden Änderungsanträge sogar erst als Tischvorlage zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Dies erschwert eine angemessene Beratung und Meinungsbildung sowohl innerhalb als auch zwischen den Fraktionen.

Mit der hier vorgeschlagenen Streckung der Sitzungsrunde soll keiner Fraktion und keinem Stadtverordneten das Recht abgesprochen werden, auch weiterhin noch bis zum Beginn der Abstimmung jederzeit einen Änderungsantrag einbringen zu dürfen, wenn dies aus aktuellen Entwicklungen heraus begründet ist. Vielmehr kann sich durch den zusätzlichen zeitlichen Puffer ein „Normalweg“ etablieren, bei welchem den Fraktionen die Möglichkeit gegeben wird, die Mehrzahl der Änderungsanträge mit ausreichendem Vorlauf zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auszutauschen und so gegenseitig nochmals in die Beratung und Meinungsbildung einsteigen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Anthony Giordano  
CDU-Fraktionsvorsitzender

Manuel Friedrich  
SPD-Fraktionsvorsitzender